

Gäste

22. zukünftiger Vertreter der Arbeitgeberverbände Anjo Buschmeier

Es fehlte/n:

23. Vertreter/in der Arbeitnehmerverbände Gabi Bergmann

24. Vertreter der Schüler der allgemeinbildenden Schulen Hemen Hussein

25. Vertreterin der Schüler der berufsbildenden Schulen Marie-Claire Lügán

26. Vertreter der Eltern der Berufsbildenden Schulen Brigitte Schulte

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Genehmigung des Protokolls
5. Einführung des datenbasierten kommunalen Bildungsmanagement (DKBM) V-SCHUL/19/159
6. Fortführung des SPRINT-Projektes im Landkreis Cloppenburg V-SCHUL/19/160
7. Anregungen und Beschwerden
8. Anfragen
9. Mitteilungen

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, Kreistagsabgeordneter Herr Schute, eröffnete die Sitzung um 17:00 Uhr.



Zunächst bedankte sich der Ausschussvorsitzende bei dem Schulleiter Herrn Finsterhölzl und der stellvertretenden Schulleiterin Frau Logemann für den freundlichen Empfang und die Führung durch das Laurentius-Siemer-Gymnasium. Danach begrüßte der Ausschussvorsitzende die anwesenden Vertreter der Verwaltung sowie den Pressevertreter. Als Gast begrüßte der Ausschussvorsitzende Herr Schute zudem den zukünftigen Vertreter der Arbeitgeberverbände, Herrn Anjo Buschmeier.

Sodann stellte der Ausschussvorsitzende die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

2. Feststellung der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende stellte die Tagesordnung wie vorstehend angegeben fest.

3. Einwohnerfragestunde

Von der Einwohnerfragestunde wurde kein Gebrauch gemacht.

4. Genehmigung des Protokolls

Der Schulausschuss genehmigte das Protokoll über seine Sitzung am 14.05.2019 einstimmig bei 4 Enthaltungen.

5. Einführung des datenbasierten kommunalen Bildungsmanagement (DKBM) Vorlage: V-SCHUL/19/159

Frau Dr. Neumann von der Stabstelle Gleichstellung, Integration und Demografie führte in das Thema entsprechend der Vorlage V-SCHUL/19/159 ein. Sie erläuterte die bisherigen Aktivitäten des Landkreises Cloppenburg zum Thema „Datenbasiertes kommunales Bildungsmanagement (DKBM)“ in Zusammenarbeit mit der Transferagentur Niedersachsen. Frau Dr. Neumann verwies dazu auf das Konzept Bildungsbüro für den Landkreis Cloppenburg und erläuterte zusammenfassend die Kernpunkte des Konzepts. Im Bildungsbüro sollen ½ Stelle für das Bildungsmanagement zur Koordinierung, Ermittlung und Umsetzung von Handlungsbedarfen sowie ½ Stelle für das Bildungsmonitoring zur Erhebung, Aufbereitung und Analyse von soziodemografischen Daten sowie der Festsetzung von Bildungsindikatoren eingerichtet werden. Ziel soll es sein, einen barrierefreien Zugang zu Bildung und Beruf unabhängig von u.a. sozialer Herkunft, Abstammung und Geschlecht als Indikator für Chancengleichheit zu schaffen. Ziele und Zielgruppen sind beispielsweise die Gestaltung der Bildungsübergänge, Einhaltung der Schulpflicht, Integration, das Erreichen der Familien, Deckung des Fachkräftebedarfs sowie eine höhere Beschäftigungsquote von Frauen.

Im Rahmen des DKBM soll dem Bildungsbeirat als richtungsgebende Instanz eine zentrale Bedeutung zukommen. Der Bildungsbeirat soll sich aus Bildungsakteurinnen und Akteuren, Mitarbeitenden der Verwaltung sowie dem Bildungsbüro zusammensetzen. Durch den Bildungsbeirat sollen Handlungsfelder und strategische Zielsetzungen definiert werden.

Frau Dr. Neumann wies noch darauf hin, dass von den 37 Landkreisen und 8 kreisfreien Städten bereits 28 Landkreise in Niedersachsen sich auf den Weg gemacht haben, um ein Bildungsbüro als koordinierende Einheit zu installieren.

Herr Kreistagsabgeordneter Bohnstengel erkundigte sich, ob als Folge der dabei aufgestellten Ziele weitere finanzielle Mittel für dadurch angeregte Prozesse bereitgestellt werden müssten.

Herr Kreisrat Varnhorn erwiderte dazu, dass grundsätzlich jeweils abhängig von den Zielen und Handlungsfeldern zwar von weiteren Folgekosten ausgegangen werden müsse, die Entscheidung aber für jede einzelne Maßnahme dem Kreistag vorbehalten bleibe.

Herr Kreistagsabgeordneter Dr. Steenken erkundigte sich, ob die Handlungsfelder und Ziele offen seien und dazu ein regelmäßiger Austausch mit dem Schulausschuss erfolgen wird. Frau Dr. Neumann stellte dar, dass der Bildungsbeirat möglichst mit politischer Beteiligung aufgestellt und selbstverständlich im Schulausschuss regelmäßig berichtet werden sollte.

Lt. Herrn Kreistagsabgeordneten Bohnstengel sollten auch externe Fördermöglichkeiten genutzt werden, um demensprechende Schwerpunkte in den Zielen und Handlungsfeldern zu setzen.

Herrn Kreistagsabgeordneten Meyer fällt es schwer, der vorgeschlagenen Vorgehensweise zur Einrichtung eines Bildungsbüros mit 2 Teilzeitkräften für das Bildungsmanagement und Bildungsmonitoring zu folgen. Nach seiner Auffassung seien ausreichende Daten vorhanden, die Schulen selber seien bereits im Bereich der Datenerfassung und –weitergabe mehr als genügend belastet und die bestehenden Probleme seien weitestgehend bekannt. Die Einrichtung eines Bildungsbüros sei nach seiner Auffassung nicht das geeignete Mittel, um bestehende Probleme im Bildungsbereich wirksam lösen zu können. Stattdessen sollten die bestehenden und bekannten Problemfelder angegangen werden. Dies sei nach seiner Auffassung eher mit einer personellen Verstärkung im Bereich der Lehrer und Sozialpädagogen möglich.

Es handele sich lt. Herrn Kreisrat Varnhorn bei den zukünftigen Aufgaben des Bildungsbüros um Koordinierungsaufgaben und der Schaffung eines Netzwerkes, das bisher im Bildungsbereich nicht bzw. nicht ausreichend vorhanden sei. Dies gelte auch für den Bereich der Datenerhebung, die zwar grundsätzlich vorhanden, aber noch zu koordinieren und aufzuarbeiten seien.

Auf die Nachfrage von Herrn Kreistagsabgeordneten Meyer, ob die Arbeit des Bildungsbüros nur die kreiseigenen Schulen betreffen würde, erläuterte Frau Dr. Neumann, dass das zukünftige Bildungsbüro für bildungspolitische Ziele im Landkreis Cloppenburg zuständig sein soll. Dies betreffe die gesamte Schullandschaft im Landkreis, wobei die Schulen aber lediglich einen Bereich des ganzheitlichen Lernens darstellen. Der Handlungsbereich des datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements umfasse die fortlaufende Weiterentwicklung und Verbesserung von Bildungsmöglichkeiten in jedem Alter und allen Lebensphasen.

Nach Auffassung von Herrn Kreistagsabgeordneten Stoffers seien die finanziellen Mittel in Höhe von 70.000 EUR für das Personal im Bildungsbüro besser direkt in erforderliche Projekte einzusetzen. Herr Kreisrat Varnhorn erwiderte dazu, dass es gerade darum ginge, einzelne gute Ansätze besser zu vernetzen. Dies könne nur über eine zentrale Koordinierungsstelle gelingen.

Herr Kreistagsabgeordneter Götting unterstützte die Auffassung von Herrn Kreisrat Varnhorn und hielt die Einrichtung eines Bildungsbüros mit dem entsprechenden Personal für ein datenbasiertes kommunales Bildungsmanagement im Landkreis Cloppenburg für erforderlich.

Der Schulausschuss beschloss mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen und 1 Enthaltung, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen:

Die kommunale Bildungslandschaft im Landkreis Cloppenburg soll mit der Einführung des „datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements (DBKM)“ aktiv gestaltet werden. Die Kreisverwaltung wird mit der Implementierung des Bildungsbüros beauftragt.

6. Fortführung des SPRINT-Projektes im Landkreis Cloppenburg Vorlage: V-SCHUL/19/160

Frau Kreistagsabgeordnete Thomée trug den Antrag der Gruppe Grüne/UWG vom 24.07.2019 zur Fortführung des SPRINT-Projektes im Landkreis Cloppenburg vor. Das SPRINT-Projekt an der BBS Technik wird bzw. wurde zum Ende des Schuljahres 2018/2019 eingestellt, obwohl die Weiterführung dringend erforderlich sei. Die Gruppe Grüne/UWG beantragt deshalb die Fortführung des Projekts, ggf. unter Bereitstellung der dafür erforderlichen Mittel aus dem Kreishaushalt. Das Land wird das Projekt nicht weiterführen, so dass die dafür an der Berufsbildenden Schule Technik in Cloppenburg eingestellten Sozialpädagogen Frau Lange und Frau Duran arbeitslos werden, obwohl sie nachweislich für die Integration sehr gute Arbeit leisten. Dies sei der Gruppe Grüne/UWG auch von Herrn Nienaber als Koordinator & Beauftragter für Jugendsachen bei der Polizeiinspektion Cloppenburg/Vechta bestätigt worden. Die beiden Mitarbeiterinnen für das SPRINT-Projekt befinden sich lt. Aussage von Frau Kreistagsabgeordnete Thomée auf Augenhöhe mit den Jugendlichen und es erfolge immer noch ein erheblicher Zuzug, beispielsweise als Familienzuzug der rumänischen Werksarbeiter. Die Weiterbeschäftigung der Sozialpädagogen Frau Lange und Frau Duran an der BBS Technik sei deshalb dringend notwendig. Nach Ansicht von Frau Kreistagsabgeordnete Thomée seien die dafür von der Verwaltung in der Vorlage angesetzten Gesamtkosten in Höhe von 576.000 EUR zu hoch angesetzt.

Frau Dr. Neumann von der Stabstelle Gleichstellung, Integration und Demografie erläuterte unter Bezugnahme auf die Vorlage V-SCHUL/19/160 ausführlich die Historie zum SPRINT-Projekt und stellte die aktuelle Situation dar.

Aufgrund des Auslaufens des SPRINT-Projektes zum Ende des Schuljahres 2018/19 werden die beiden Bildungsgänge Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) und Berufseinstiegsklasse (BEK) von Seiten des Kultusministeriums ab dem Schuljahr 2020/21 zu einer einheitlichen zweistufigen Berufseinstiegsschule (BES) zusammengeführt. In dieser BES können ausschließlich schulpflichtige Schülerinnen und Schüler von ausgebildetem Lehrpersonal beschult werden. In der BES 2020 wird eine Sprachförderung angeboten, die auf zwei Jahre ausgerichtet ist und in der die wesentlichen Elemente von SPRINT verstetigt werden. Außerdem wird die Möglichkeit eröffnet, die Klasse 2 der BES 2020 für Schülerinnen und Schüler, die an berufsvorbereitenden Maßnahmen nach dem SGB III teilnehmen, in Form von Teilzeitunterricht zu führen.

Obwohl die reguläre Einführung der BES 2020 erst zum Schuljahresbeginn 2020/21 geplant ist, ermöglicht eine sog. Vorgriffsregelung bereits ab dem Schuljahr 2019/2020 die Einrichtung von Förderangeboten an den Berufsbildenden Schulen für neuzugewanderte Jugendliche, die allerdings nur für Schulpflichtige gelten und von ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern durchgeführt werden können. Diese Vorgriffsregelung ist somit nicht geeignet, Personal, das bislang mit anderen Qualifikationen in SPRINT tätig war, weiter zu beschäftigen.

Das Thema der drohenden Einschnitte bei der Förderung von neuzugewanderten Schülerinnen und Schülern an den Berufsbildenden Schulen durch das Auslaufen des SPRINT-Projektes zum Schuljahresende 2018/2019 wurde bereits seit Jahresbeginn auf unterschiedlichen Ebenen zwischen Kreisverwaltung und den Berufsbildenden Schulen im Landkreis Cloppenburg thematisiert. Die Frage, wie kann das drohende Auslaufen des SPRINT-Projektes und der Übergang zu den neuen Integrationsinstrumenten des Landes Niedersachsen im schulischen Bereich im Rahmen der neuen Berufseinstiegsschulen für die neuzugewanderten Schülerinnen und Schüler und die Berufsbildenden Schulen gewinnbringend gestaltet werden, wurde von vielen Seiten beleuchtet. Aufgrund von mangelndem Lehrpersonal wurde die vorzeitige Installation der BES von den Berufsbildenden Schulen im Landkreis als nicht umsetzbar angesehen.

Grundsätzlich sieht der Landkreis Cloppenburg die ausdrückliche Verantwortung für die Finanzierung und Fortführung des SPRINT-Projektes und weiterer Fördermöglichkeiten für die Integration für neuzugewanderte Schülerinnen und Schüler mit Sprachförderbedarf auf Seiten des Landes. Es ist nicht Aufgabe des Landkreises Cloppenburg die Finanzierung von Aufgaben des Landes zu übernehmen. Gleichwohl hat das Land Niedersachsen mit der Schaffung der Berufseinstiegsschule ab dem Schuljahr 2020/21 ein neues Instrument zur Förderung dieser Zielgruppe geschaffen.

Erster Kreisrat Herr Frische stellte ergänzend klar, dass die personelle Ausstattung der Schulen für den gesamten pädagogischen Bereich eindeutig und immer schon Aufgabe des Landes sei. Es bestehe deshalb schon alleine aufgrund der fehlenden Zuständigkeit keine Veranlassung, dass der Landkreis Cloppenburg die personellen Kosten für die Fortführung des SPRINT-Projektes übernehme. Schon gar nicht sei es möglich, dies nur für eine BBS zu übernehmen, der Landkreis müsse dann alle Schulen in den Blick nehmen. Vergleichbar müsste der Landkreis dann auch bei fehlender Unterrichtsversorgung eingreifen. Dies sei nicht gewollt und auch nicht möglich.

Herr Romey als Vertreter der Eltern der allgemeinbildenden Schulen vertrat die Auffassung, dass die Fortführung des SPRINT-Projektes dringend erforderlich sei und die Arbeit von Frau Lange und Frau Duran für die Förderung der Integration von zugewanderten Jugendlichen auch weiterhin dringend erforderlich sei.

Herr Kreistagsabgeordneter Meyer vertrat die Auffassung, dass bis zum Angebot einer Sprachförderung in den Berufseinstiegsklassen ab 2020 in der Übergangszeit eine Personalkostenübernahme durch den Landkreis erfolgen sollte. Außerdem wies er darauf hin, dass hier keine Diskussion über bestimmte Personen angebracht sei.

Auch Herr Kreistagsabgeordneter Karnbrock stellte klar, dass es hier nicht um bestimmte Personen gehen sollte und lehnte eine Kostenübernahme von Personalkosten in der Übergangszeit bis zur Einführung der Berufseinstiegsschule ab. Dies sei nicht die Aufgabe des Landkreises, zumal es sich bei SPRINT um ein Projekt gehandelt habe, aus dem dann die zukünftige Berufseinstiegsschule zum Schuljahr 20/21 entwickelt wurde.

Herr Kreistagsabgeordneter Bohnstengel sieht zwar durchaus die grundsätzliche Zuständigkeit des Landes, vertrat allerdings die Auffassung, dass für die Übergangszeit im Schuljahr 19/20 durch den Landkreis bei einem entsprechendem Bedarf die dafür erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden sollten. Die Verlierer seien ansonsten die zugewanderten Jugendlichen.

Herr Kreistagsabgeordneter Dr. Steenken lobte zunächst die ausführlichen Recherchen und die daraus resultierende sehr gute Vorlage der Verwaltung. Er spannte dann den Bogen zum vorherigen Tagesordnungspunkt und der Notwendigkeit eines datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements (DKBM), da dem Landkreis derzeit nicht wirklich belastbare Zahlen über zugezogene Jugendliche vorlägen. Nach seiner Wahrnehmung gibt es keinen ständigen Zuzug von Jugendlichen. Außerdem beständen anderweitige Unterstützungsmöglichkeiten beispielsweise durch Sprachkurse.

Es ginge lt. Frau Kreistagsabgeordnete Thomée lediglich darum, ein Jahr zu überbrücken. Sie bat deshalb nochmals dringend darum, für die betroffenen Jugendlichen, die schließlich Steuerzahler der Zukunft seien, diese Unterstützung als freiwillige Leistung des Landkreises zu gewähren.

Herr Kreistagsabgeordneter Bohnstengel unterstützte die Bitte von Frau Thomée. Die weitere Unterstützung sei für die betroffenen Jugendlichen aus anderen Kulturkreisen erforderlich und sicher auch mit einem geringeren finanziellen Aufwand zu leisten. Auch in vielen anderen Bereichen würde der Landkreis freiwillige Leistungen übernehmen.

Erster Kreisrat Herr Frische stellte klar, dass der betroffene Personenkreis der zugewanderten Jugendlichen auch ohne die Fortführung des SPRINT-Projektes keinesfalls vernachlässigt würden. Er verwies beispielsweise auf das Projekt Integra, über das im nächsten Sozialausschuss am 10.09.2019 beraten wird. Damit will der Landkreis Schulsozialarbeiter für den Personenkreis der zugezogenen Jugendlichen für die Jahre 2019 bis 2021 auf freiwilliger Basis finanzieren. Erster Kreisrat Frische warnte dringend davor, die ursprüngliche Aufgabe des Landes zur weiteren Finanzierung des bisherigen SPRINT-Projektes durch den Landkreis zu übernehmen.

Die CDU-Fraktion lehnt nach Aussage von Herrn Kreistagsabgeordneten Götting entsprechend den Ausführungen von Herrn Frische die Übernahme der Kosten für die Fortführung des SPRINT-Projektes durch den Landkreis Cloppenburg ab.

Auch Herr Kreistagsabgeordneter Herr Meyer teilte mit, dass er die von Herrn Frische gemachten Ausführungen nachvollziehen kann und er deshalb ebenfalls den Antrag der Gruppe Grüne/UWG ablehnen wird.

Der Schulausschuss beschloss mehrheitlich bei 3 Gegenstimmung und 1 Enthaltung, dem Kreistag folgenden Beschluss zu empfehlen:

Dem Antrag der Gruppe Grüne/UWG gem. § 56 NKomVG auf Fortführung des SPRINT-Projektes vom 24.07.2019 wird nicht entsprochen.

7. Anregungen und Beschwerden

Anregungen und Beschwerden lagen nicht vor.

8. Anfragen

Anfragen lagen nicht vor.

9. Mitteilungen

Kreisrat Herr Varnhorn informierte darüber, dass der Bund und die Länder sich auf den DigitalPakt Schule 2019-2024 geeinigt haben und das Land Niedersachsen mit Datum vom 08.08.2019 die entsprechende Förderrichtlinie erlassen habe.

Den kreiseigenen Schulen steht ein jeweiliger Sockelbetrag in Höhe von 30.000,00 EUR pro Schule (insgesamt 330.000,00 EUR) zur Verfügung und dem Landkreis Cloppenburg als zuständigen Schulträger ein pauschalierter Betrag in Höhe von 3.926.062,00 EUR. Insgesamt erhält der Landkreis Cloppenburg eine Fördersumme von 4.256.062,00 EUR.

Voraussetzung der Förderung ist das Vorliegen jeweiliger schuleigener Medienbildungskonzepte. Der Landkreis Cloppenburg setzt sich derzeit diesbezüglich mit den kreiseigenen Schulen in Verbindung. Die Schulen sind seitens des Landes dazu aufgefordert worden, entsprechende Medienbildungskonzepte aufzustellen, auf deren Grundlage die jeweiligen Ausstattungskonzepte basieren.

Die Ergebnisse der jeweiligen Anforderungsprofile der Schulen sollen in eine kreiseigene Digitalisierungsstrategie einfließen, mit dem der im Jahre 2016 beschlossene Medienentwicklungsplan für die kreiseigenen Schulen fortgeführt werden soll.

Aufgrund der erst kürzlich erlassenen Förderrichtlinien des Landes und den damit verbundenen Anforderungen auch für die Schulen erfolgt die Vorlage der Digitalisierungsstrategie erst im November diesen Jahres. Bis dahin sollen die schuleigenen Medienbildungskonzepte in ihren wesentlichen Grundlagen mit der Digitalisierungsstrategie des Landkreises endabgestimmt werden.

Bereits nach dem aktuellen Stand der seitens der kreiseigenen Schulen gesetzten digitalen Entwicklungsziele lässt sich festhalten, dass die Förderung auch den Bedürfnissen der Schulen entspricht. Sämtliche Mittel werden im Förderzeitraum voraussichtlich ausgeschöpft. Zudem sind seitens des Landkreises weitere Ausgaben zu tätigen, die nicht vom DigitalPakt erfasst sind, jedoch für die Digitalisierung unabweisbar sind. Nach aktuellem Stand werden die notwendigen Ausgaben in diesem Bereich durch die Förderung nur in Teilen gedeckt.

Weiter teilte Herr Kreisrat Varnhorn den geplanten Ablauf der Baumaßnahmen am Albert-Magnus-Gymnasium wie folgt mit:

1. Bauabschnitt:

Umbau des ehemaligen Polizeigebäudes:
Auftrag mdl. bisher an K3 Architekten erteilt nach Angebotseinziehung.
Fertigstellung: Anfang Sommerferien 2020;

2. Bauabschnitt:

Erweiterung des Lehrerzimmers inkl. Teeküche sowie Schaffung eines EDV-Raumes durch Umnutzung der Bibliotheksflächen.
Fertigstellung: Ende Sommerferien 2020;

3. Bauabschnitt:

Aufstellen von Containern für 6 AUR zum Jahreswechsel 2020/2021, also in den Sommerferien 2020; Standort muss noch geklärt werden

Abbruch des Altbaugebäudes und Ersatzneubau mit 7 allgemeinen Unterrichtsräumen inkl. Ergänzung und Erweiterung des Mensa- und Ausgabebereiches:

Forderung der Stadt Friesoythe: Größe Mensa=120 Essen für die Marienschule,
Forderung des AMGs: Größe Mensa= 70 Essen;

4. Bauabschnitt:

Sanierung der Naturwissenschaften:
(Ausführung nach Fertigstellung des Neubaus mit 7 AUR, da für die Zielplanung Bestandsklassenräume zu FUR – Naturwissenschaften umgebaut werden müssen und somit weitere AUR verloren gehen, die durch den Neubau erst zuvor geschaffen werden müssen);

Im nächsten Schulausschuss werden zu den Baumaßnahmen am AMG konkrete Pläne und Baukosten vorgestellt.

Um 18:05 Uhr schloss der Vorsitzende die Sitzung.

Vorsitzender

Erster Kreisrat

Protokollführer/in